

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 99. Ratssitzung vom 20. April 2016

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2016/52 und 2016/53

1827. 2016/52

Dringliche Interpellation der GLP-Fraktion vom 10.02.2016: Städtische Schulraumplanung, Prognosequalität und -prozess betreffend der Ermittlung der SchülerInnenzahlen sowie Anforderungen bezüglich Bau, Aus- stattung und Nutzung der Schulpavillons

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 297 vom 13. April 2016).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/52 und 2016/53.

Isabel Garcia (GLP) nimmt Stellung: *Wir haben es mit einem sehr wichtigen Thema zu tun, nämlich mit der Schulraumplanung. Dieses Thema ist in einer wachsenden Stadt sehr wichtig. Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. In der Volksschule gibt es heute knapp 30 000 Schülerinnen und Schüler. Bis ins Jahr 2030 wird ein Wachstum auf gut 40 000 Schülerinnen und Schüler erwartet. Unsere Fragen bezogen sich auf die Schwankungen in den Prognosen, auf die Verbesserung der Prozesse und Analysen, die zu den Prognosen führten und auf die Rolle der Schulpavillons, die bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Die Antworten des Stadtrats liessen uns ratlos. Am 20. November 2013 haben wir einem Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zugestimmt, der der Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons dienen sollte. Dies wurde durch eine Volksabstimmung im Jahr 2014 mit einer klaren Mehrheit angenommen. Zwei Jahre später müssen wir ernüchert feststellen, dass alle Vorbehalte, die wir gegenüber diesem Geschäft geäussert hatten, übertroffen wurden. Der Rahmenkredit reicht nur noch bis 2017 anstatt bis 2019. Der Rahmenkredit ist also bereits in der Mitte der Laufzeit ausgeschöpft. Statt 16 Schulpavillons benötigt es laut neusten Berechnungen mindestens 44 Pavillons. Insgesamt sollen sich die Kosten auf 160 000 Millionen Franken belaufen. Zur Schliessung der Schulraumlücke werden nun mindestens sieben Jahre benötigt. Ausserdem wird statt einer Abflachung der Schülerzahlen im Jahr 2020 mindestens bis zum Jahr 2023 mit einem weiteren, kräftigen Anstieg gerechnet. Weiter als sieben Jahre in die Zukunft reicht die Prognose nicht. Der Bau eines Schulhauses nimmt mindestens 10 Jahre in Anspruch. Anstatt mehr Flexibilität in der Bereitstellung von Schulraum durch den Einsatz von Schulpavillons und eine Steigerung der Kosteneffizienz ist das Gegenteil eingetreten. Es gibt komplizierte Standortabklärungen, Einsprachen und Rekurse sowie eine begrenzte Lieferkapazität von höchstens sechs Pavillons pro Jahr. Umrüstungen sind notwendig und mehr als einen Umzug verkräftet ein Pavillon nicht. Die Realisierung klassischer Schulhaus- und Erweiterungsbauten dauert länger als ursprünglich geplant. Je nach dem, welchen Prognosen man Glauben schenkt, gibt es bis zum Jahr 2030 massive Engpässe. 30–40 % der Schülerinnen und Schüler können nicht untergebracht werden. Wir fordern den Stadtrat auf, das Ruder herumzureissen und eine Kursänderung einzuleiten. Wir stehen zur wachsenden Stadt. Wir erwarten,*

dass der benötigte Schulraum adäquat, rechtzeitig und kosteneffizient zur Verfügung gestellt wird.

Walter Angst (AL) nimmt Stellung: Die Antworten des Stadtrats sind zwiespältig. Stadtrat Daniel Leupi, der für die Beschaffung des Landes zuständig ist, ist anwesend. Stadtrat André Odermatt, der den beiden für die Planung, Realisierung und den Unterhalt zuständigen Ämtern vorsteht, ist nicht da. Stadtrat Gerold Lauber ist da und muss nun die Bemerkungen entgegennehmen. Die Abwesenheit von Stadtrat André Odermatt ist eine Zumutung, da die Zuständigkeit in seinem Bereich liegt. Wenn er sich in China befindet, dann muss dieses Geschäft an einem anderen Tag traktandiert werden. Isabel Garcia (GLP) hat bereits einige Zahlen genannt. Ich möchte einige weitere Eckpunkte festhalten. Mit den weiteren 28 dreistöckigen Pavillons werden wir im Jahr 2023 insgesamt 400 Klassenzimmer in Pavillons haben. Die langfristigen Prognosen der Schulraumplanung gehen davon aus, dass jährlich 600 bis 900 Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen. Ein grosses Schulhaus mit 18 Klassen hat Platz für rund 400 Schülerinnen und Schüler. Wir müssen ein grosses Schulhaus bauen. Die Investitionsplanung sieht vor, dass es mit den geplanten Massnahmen für rund 1,8 Milliarden Franken Raum für etwa 230 Klassen in Schulhäusern und etwa 100 Klassen in Pavillons geben wird. Dies gilt für den Fall, dass jedes Projekt klappt und es keine Einsparungen gibt. Wir haben gehört, dass es zu diversen Rechtsfällen wegen Planungsschwierigkeiten im Schulraum kam. Ohne Planungsschwierigkeiten würde es also bis zu den Jahren 2024 oder 2025 funktionieren. Für die folgenden Jahre haben wir keine Ahnung, wie der steigende Schulraumbedarf gedeckt werden kann. Es dauert 10 Jahre, bis ein Schulhaus gebaut wird. Wir müssen heute die Schulhäuser vorbereiten, die 2026 gebaut werden sollen. Für die Jahre 2025–2030 müssen wir mit einer Milliarde Franken an Investitionskosten rechnen. Dies bedeutet, dass jährlich etwa 170 Millionen Franken für die Bereitstellung des Schulraums investiert werden müssen. Dies ist angesichts des Investitionsplafonds ein Maximalbeitrag. Wir wissen bereits heute, dass die budgetierten Beträge nicht ausreichen. Trotzdem erkennt der Stadtrat keine Probleme, es soll so weitergemacht werden wie bisher. Wir sind mit der GLP einig, dass Massnahmen geplant werden müssen. Der Stadtrat muss diverse Fragen beantworten. Am wichtigsten ist die Frage, wie der Prozess zwischen Planung und Bezug eines Schulhauses verkürzt werden kann. Andernfalls muss man die entstehende Lücke mit Pavillons, Anmietungen oder Containern befriedigen. Zweitens stellt sich die Frage, wo die zusätzlichen Schulhäuser gebaut werden können? Wurde die Raumsicherung durchgeführt? Drittens stellt sich die Frage nach der Anpassung der Investitionsplanung. Die letzte Frage ist diejenige nach organisatorischen Anpassungen im Planungsprozess. Die Unruhe über die Art und Weise des Managements des Bauprozesses nimmt zu. Wir brauchen Antworten. Wir haben mit dem Pavillonkredit die Verantwortung an den Stadtrat delegiert. Wir benötigen die Pavillons, aber die Pause in der Diskussion hat uns nicht gutgetan. Wir müssen den Druck erhöhen, damit es zu keiner Schulraumkrise kommt.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir haben teilweise nicht verstanden, was der Stadtrat mit seinen Antworten aussagen will. Zuerst gilt es festzuhalten, dass sich der Rahmenkredit für die

16 Schulhauspavillons auf 50 Millionen Franken belief, jetzt ist angesichts der gestiegenen Anzahl Pavillons unklar, ob gespart wurde oder ein Rechnungsfehler vorliegt. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens ist der Stadtrat noch unklarer. Es werden jetzt 28 Pavillons benötigt, aber ein neuer Rahmenkredit sei nicht notwendig, da dieser unbrauchbar sei. Die Pavillons können angeblich nicht langfristig geplant werden. Die Strategie des Departements ist unklar. Der Gemeinderat wird weiterhin mitreden. Es ist wichtig, dass die Pavillons an sinnvolle Orte gestellt werden. Störend aufgefallen ist uns die Schulraumplanung insgesamt. Die Pavillons benötigen einen Standort. Für Schulhäuser fehlt der Raum. Wir haben keinen Quadratmeter für ein Schulhaus gesichert. Wir haben im regionalen Richtplan auf den noch nicht existierenden kommunalen Richtplan verwiesen. Wir haben kein Land für Schulhäuser gesichert. Es dauert noch mindestens zwei oder drei Jahre, bis der kommunale Richtplan erstellt wird. In der Zwischenzeit werden wir uns mit den Pavillons behelfen müssen. Wir sind mit dieser Schulraumplanung unzufrieden und hoffen auf eine rasche Änderung.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich möchte zunächst auf das Votum von Isabel Garcia (GLP) eingehen. Es ist so, dass wir über die Entwicklung ernüchtert sind. Der Rahmenkredit für die Pavillons wurde von einer breiten Mehrheit unterstützt. Die Zukunft ist kein Geschäft, für das man sichere Voraussagen treffen kann. Natürlich ist die Raumplanung wichtig und es muss genau hingeschaut werden. Wir brauchen aber Verständnis dafür, dass dieses Geschäft unsicher ist. Es gibt Entwicklungen, die schwierig vorzusehen ist. Es erstaunt mich, dass das Instrument des Rahmenkredits kritisiert wurde. Bisher wurde jeweils das kritisiert, was Walter Angst (AL) vorgebracht hatte. Wir können den Bedarf decken. Die wesentlichen Punkte, die Walter Angst (AL) vorbrachte, teile ich. Wir müssen uns überlegen, wie Massnahmen ergriffen werden können, dass der Schulhausbau beschleunigt wird. Die Stellen müssen geschaffen werden. Es steht in der Antwort, dass die Zusammenarbeit der involvierten Stellen verbessert werden muss.

Niklaus Scherr (AL): Ein Vergleich mit der Richtplandebatte ist interessant. Die Bürgerlichen halten sich bislang aus der Debatte heraus. Die Frage, wo die Kinder morgen und übermorgen in die Schule gehen sollen, scheint die Bürgerlichen nicht zu interessieren. Die Schulraumprognose bezieht sich auch auf Menschen, die sich schon länger in der Schweiz befinden. Wir wissen, dass die Kinder dieser Leute hier zur Schule gehen werden. Dies kann relativ genau vorhergesagt werden. Auf Seite 2 der Interpellation werden etwa 20 Schulhäuser aufgezählt und der zusätzliche Bedarf genannt. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Die Prognose kann sich verschärfen. Wir müssen aber mit den aktuellen Zahlen rechnen. Das Parlament kann reklamieren und fordern, die Logistik und Organisation der Prozesse obliegt dem Stadtrat. Die Lieferpflicht liegt bei der Exekutive und dort besteht ein eindeutiger Handlungsbedarf. Es ist seltsam, wenn der Schulvorsteher diese Schelte alleine annehmen muss. Die Schulraummisere müsste zu einem wichtigen Projekt für den Stadtrat werden. Es ist ein Muss, dass die Zukunft der Kinder und die Schulbedürfnisse der Kinder berücksichtigt werden.

Michael Baumer (FDP): Es wird aus diesen Interpellationen und Antworten sichtbar, dass sich die Schulraumplanung nicht auf dem Stand befindet, auf dem sie sein sollte. Beim regionalen Richtplan bestand das Problem, dass man nicht genau gesagt hatte,

wie er umgesetzt werden soll. Man sagte, es werde ein kommunaler Siedlungsrichtplan erstellt. Der Richtplan ist nicht die Grundlage, die für die wachsende Stadt notwendig gewesen wäre. Heute will man alles mit den Pavillons lösen. Diese Pavillons sind weder temporär, noch mobil. Der Rahmenkredit ist somit fragwürdig.

Martin Götzl (SVP): Die Kommissionsmitglieder waren über die Zahlen sehr erstaunt. Wenn ich die AL richtig verstanden habe, besteht der Eindruck, Schulhäuser könnten heute bestellt und morgen abgeholt werden. Nur Dr. Jean-Daniel Strub (SP) hat sich zu den Zahlen im Jahr 2030 geäußert. Wir brauchen Lösungen. Mir bereitet das Jahr 2039 Sorgen. Wo wollen wir diese gebildeten Leute beschäftigen? Wie können diese Menschen ins Berufsleben integriert werden? Der Schulraum wird bereitgestellt werden müssen. Dies ist in der Bundesverfassung festgehalten. Wir haben die prognostizierten Bevölkerungszahlen der ganzen Stadt erhalten. In 15 Jahren soll die Stadt um 80 000 Einwohner wachsen. Dies bedeutet einen Bevölkerungszuwachs von rund 20 %. Warum soll die Anzahl Schülerinnen und Schüler im gleichen Zeitraum um 40 % wachsen? Ich musste feststellen, dass viele kinderreiche Familien erwartet werden. Diese Suppe muss ausgelöffelt werden. Die Zuwanderung ist ein grosses Problem.

Severin Pflüger (FDP): Walter Angst (AL) hat die Antworten bereits vorweggenommen und fordert eine Task Force. Ich melde mich freiwillig dafür. Ich bin der Ansicht, dass das Thema angegangen werden muss. Die Pavillons sind offensichtlich keine Lösung. Wahrscheinlich benötigen wir ein überall einsetzbares Standardschulhaus, das schnell aus dem Boden gestampft werden kann und für 60 Jahre hält. Die andere Problematik ist die Landbeschaffung. Hier bieten auch die Linken keine Lösungen. Es ist fragwürdig, ob wir genug Land umzonen werden, um Schulhäuser bauen zu können.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die Interpellation der AL ist zukunftsgerichtet und sie fragt nach Verbesserungsmassnahmen. Die Interpellation der GLP beklagt die Zustände bei den Pavillons, die nicht existieren. Wenn gesagt wird, dass nur wenige Parlamentarier den Pavillons zustimmten, dann ist dies nicht zutreffend. Auch die FDP gehörte damals zur Mehrheit. Es ist nicht zutreffend, dass Pavillons gegen Schulhäuser ausgespielt werden. Die Pavillons sind keine dauerhaften Schulräume. Sie lösen das Problem für die Schaffung des dauerhaften Schulraums nicht. Auch ich melde mich für die Task Force.

Niklaus Scherr (AL): Die AL hat 2007 eine Motion eingereicht, die forderte, einen Plan für öffentliche Bauten und Anlagen anzulegen. Es geht nicht primär darum, dass gesagt wird, welche Areale, die sich bereits im Besitz der Stadt befinden, für öffentliche Bauten bestimmt werden. Beim Zollfreilager wurde kein Raum für ein Schulhaus reserviert, das Schulhaus wird auf einer ehemaligen Grünfläche gebaut. Dadurch geht Lebensqualität im Quartier verloren. Landbeschaffung für Flächen, die nicht im Besitz der Stadt sind, verlängert den Prozess weiter. Wenn wir das Zollfreilager umzonen, müssen wir zeitgleich den Raum für ein Schulhaus sichern. Es ist absehbar, dass dort junge Leute mit Kindern einziehen. Wir können keine Wohnungen bauen, ohne die öffentlichen Bedürfnisse zu decken. Hinsichtlich der Zuständigkeit des regionalen Richtplans widerspricht sich der Stadtrat selbst. Ich habe das Gefühl, dass verschiedene Ansichten dazu in der Stadtverwaltung bestehen.

Rosa Maino (AL): Mein Votum wendet sich einem Detail zu, das jedoch symptomatisch ist. In der Interpellation der GLP schreibt der Stadtrat als Antwort auf die Frage, wie der Prognoseprozess bezüglich der Entwicklung der Anzahl Schülerinnen und Schüler verlaufe und auf die Frage, ob der Prozess angepasst werden müsse, unter anderem, dass der Prozess vorsehe, dass jeweils im August die Schulraumplanung präsentiert und diskutiert werde. An der Kommissionssitzung wurde der Wunsch nach einem Statusbericht mit einem Verweis auf die Präsentation des Vorjahres und mit einem Link zur aktualisierten Präsentation beantwortet. Aus den Antworten geht jedoch klar hervor, dass der Prognoseprozess vorsieht, dass die Präsentation und Diskussion jährlich im August stattfindet. Der Statusbericht sollte zeitgerecht in der Kommission präsentiert werden.

Isabel Garcia (GLP): Es ist nicht zutreffend, dass wir in ein Schulpavillon-Elend verfallen. Wir wollen nicht der verlorenen Abstimmung nachtrauern. Es ist unsere Aufgabe als Gemeinderat dafür zu sorgen, dass der Stadtrat dieses zentrale Thema angeht. Das Schulwesen ist eine zentrale, kommunale Aufgabe. Kinder benötigen gute Schulhäuser in Wohnortnähe. Die Kinder benötigen ein anständiges Schulhaus für eine gute Schulbildung. Wir müssen uns dieser Thematik stellen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Die Abwesenheit von Stadtrat André Odermatt ist tatsächlich sub-optimal. Das Thema wird jedoch wieder aufkommen. Es wurden viele Probleme und Herausforderungen geschildert. Diese sind uns bekannt. Es ist bereits viel passiert. Wir haben ein Wachstum von 13 %. Es gibt 180 Klassen, die in 10 Schulhäusern untergebracht wurden. Es gab viele Schulhausbauprojekte in den letzten zehn Jahren. Es wurden 26 Pavillons realisiert, 8 wurden aufgestockt. Es wurden im Rahmen von 20 Projekten Räume geschaffen. Der Stadtrat nimmt die Schulraumplanung sehr ernst. Wir haben eine Task Force gegründet. Wir diskutieren auch die Investitionsplanung. Wir müssen die Plafonierung hinterfragen und allenfalls anheben. Es ist nicht so, dass wir wissen, was in 10 Jahren sein wird. In den letzten Jahren ist die Stadt stark gewachsen. Wir rechnen mit dem mittleren Szenario. Wir haben keine Strategie für die Begrenzung der Zuwanderung. Wenn die Stadt weniger attraktiv wird, haben wir grössere Probleme. Wir sehen erste Tendenzen dafür, dass sich die Wachstumskurse rasch beruhigen wird. Das Voraussehen der Entwicklung ist schwierig. Wir kennen die Herausforderung. Wir müssen die Instrumente verbessern. Die Departemente arbeiten eng zusammen. Wir sind froh über jede Unterstützung. Stadtrat André Odermatt benötigt zusätzliche Ressourcen in seinen Departementen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.



6 / 6

1828. 2016/53

**Dringliche Interpellation der AL-Fraktion vom 10.02.2016:
Planungsgrundlagen für die städtische Schulraumplanung, Projekte zur Sicherung
des Schulraumbedarfs sowie Beurteilung der organisatorischen Strukturen der
heutigen departementsübergreifenden Zusammenarbeit**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 296 vom 13. April 2016).

Walter Angst (AL) nimmt Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/52, Beschluss-Nr. 1827/2016.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat